

Merseburger Correspondent.

Wöchentliche Beilage:

Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementpreis:

pro Quartal: 1 Mark bei Abholung. — 1 Mark 30 Pfg. durch den Fernträger. — 1 Mark 45 Pfg. durch die Post.

ersch. am: Freitag, 10. Januar, Sonntags
Sonntags den 10. Jan. 1891.

Sonntags den 10. Januar.

1891.

Politische Uebersicht.

Ausfüllung der baltischen Provinzen. — Baron Graf Redem, der reichste Magdalenlandbesitzer nach Preußen über Herzog Nikolaus von Leuchtenberg Sonntag in Paris am Kehlspieß im Alter von 80 Jahren gestorben. — Eine nihilistische Bewegung soll nach einer Meldung aus St. Petersburg, dessen Verhaftung bevorsteht, er...

Schweizerischen Kanton Tessin gibt wieder. Es sind bezüglich der Stimmberechtigten für die Verfassungsabwahlen, von nächsten Sonntag stattfinden sollen, von der Schweizer Seite Schwierigkeiten entstanden. Der Bundesrath hat in Folge dessen die Regierung von Tessin aufzufordern, die Rechte und Gesetze vorzugehen, indem er sich zu entscheiden und eventuell Wahlen...

Fischerei zwischen England und den Vereinigten Staaten um das Recht des Fisches in dem Behrings-See ist schon die Amerikaner erklären das Meer für vorläufiges Gewässer, wo sie das alleinige Recht haben, während die Engländer und Nationen das Behringsmeer als ein offenes Meer, wo alle Nationen frei Fischen dürfen. Da die Alaska Commercial Company Inseln besitzt, wo die Walfische ihren Laich haben, so wäre das Verbot des Fisches gleichbedeutend mit dem gänzlichen Aus...

Der amerikanische Robbenfang ist ein Thema, das die internationale Politik in den letzten Jahren nicht zu vereinbaren. Von der kanadischen Seite wird die Sache so dargestellt, dass die kanadischen Robbenfänger nicht besser als Seeräuber, welche die Robben ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht aus bloßer Gier erschlagen und dann mit ihrem Raub...

Die englische Regierung hat die Streitfrage wegen der Fischerei in der Nähe des Neufundland zusammen mit der Frage des Robbenfanges in dem Behrings-See, und es ist daher ein Zugeständnis...

Die englische Regierung hat die Streitfrage wegen der Fischerei in der Nähe des Neufundland zusammen mit der Frage des Robbenfanges in dem Behrings-See, und es ist daher ein Zugeständnis...

Die englische Regierung hat die Streitfrage wegen der Fischerei in der Nähe des Neufundland zusammen mit der Frage des Robbenfanges in dem Behrings-See, und es ist daher ein Zugeständnis...

Die englische Regierung hat die Streitfrage wegen der Fischerei in der Nähe des Neufundland zusammen mit der Frage des Robbenfanges in dem Behrings-See, und es ist daher ein Zugeständnis...

setzen sein würden. — Der allgemeine Ausschuss der „Ligue liberale“ (gemäßigte Liberale) sprach sich in einer am Mittwoch abgehaltenen Versammlung im Prinzip für die Revision der Verfassung aus, erklärte jedoch die bedingungslose Annahme des allgemeinen Stimmrechts als unheilvoll für die liberale Partei.

In Chili soll nach in Paris vorliegenden Nachrichten aus Buenos Ayres eine aufständische Bewegung ausgebrochen sein. Nähere Details sind noch nicht gemeldet.

An den Wahlen in den Vereinigten Staaten von Nordamerika werden sich demnächst auch die Arbeiter als besonders organisierte Partei betheiligen. Der Großmeister der „Ritter der Arbeit“ Bowditch ladet nämlich in einem Circular die industriellen Gewerkschaften des ganzen Landes ein, sich an einer Konferenz für Reform der nationalen Industrie zu betheiligen, welche im Frühjahr in Washington zusammentreten soll, um ein Programm aufzustellen, auf welches sich die Arbeiter bei den nächsten Wahlen stützen könnten. — Ueber den Indianeraufstand telegraphirt General Miles aus Bineridge, die fünf bedeutendsten Bänden der ausführenden Indianer seien nach Bineridge gekommen, um sich zu unterwerfen. Miles hofft, dass bald alle Indianer diesem Beispiele folgen würden. — Nach Privatmeldungen aus New York fand zwischen einem Trupp berittener Indianer und der Schutzbegleitung einer Privatcolonne unweit des Wounded Knee-Baches ein blutiger Kampf statt mit Verlusten auf beiden Seiten. Die Indianer flohen, als die Truppen Verhärzung erhielten.

Deutschland.

Berlin, 9. Januar. Der Kaiser hörte gestern Vormittag den Vortrag des Staatssekretärs Frhrn. v. Marschall in dessen Wohnung im auswärtigen Amt und hatte hierauf noch eine längere Unterredung mit dem Reichskanzler v. Caprivi im Reichskanzlerspalast. Darauf empfing Sr. Maj. im königlichen Schlosse den Kriegsminister, sowie mehrere höhere Offiziere. Mittags ertheilte der Kaiser Audienz. Um 5 Uhr begab sich Sr. Maj. zur Tafel nach der russischen Hofkapelle. Der Kaiser trug die Uniform seines russischen Regiments, das Haupt mit der weißen Kammlinthe bedeckt, und fuhr in seinem kleinen einspännigen russischen Schlitten in das Portal der Hofkapelle ein. Der Kaiser führte die Frau vom Hauke zu Tisch. Dem kaiserlichen Gaste gegenüber hatte der Hofkanzler seinen Platz zwischen den Generalen v. Werder und v. Hahnke. Während der Tafel concertirte die Kapelle des Alexander-Garde-Regiments Nr. 1. Heute begab sich der Kaiser mit mehreren Gästen zu einer Hofjagd nach der Insel Potsdam. — Der Stadtverordneten-Versammlung ist auf die an Sr. Maj. den Kaiser gerichtete Neujahrs-Glückwunschkarte folgendes Dankschreiben zugegangen:

Zum Beginn des neuen Jahres haben mich die Stadtverordneten durch herzliche Wünsche für die Zukunft erfreut. Ich habe dieselben mit besonderem Wohlgefallen entgegengenommen und danke Ihnen aufrichtig. Mögen die auf die Erhebung der Wohlthat des Landes und eine gesunde Weiterentwicklung des Volkslebens gerichteten Bestrebungen, deren die Stadtverordneten zu meiner Befriedigung in Ihrer Adresse vorläufigste Erwähnung thun, sich mit Gottes Hilfe unter thätiger Mitarbeit aller Outgeknnten besonders auch für meine Haupt- und Residenzstadt Berlin und ihre treue Bürgerschaft fruchtbringend erweisen.

Berlin, 5. Jan. 1891.

gez. Wilhelm R.

(Die Kaiserin Friedrich) hat an den Magistrat von Berlin folgendes Dankschreiben gerichtet: „Der Magistrat hat mich durch altgewohnten Neujahrsgruß und nicht minder durch theilnehmende

Worte erfreut, mit welchem er der Geburt meines jüngsten Enkelsohnes gedenkt. Gern benutze ich diesen Anlass, um mit meinem Danke der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß das eben beginnende Jahr die Wünsche erfüllen möge, welche ich in herzlichster Theilnahme für die Wohlthat der Hauptstadt und ihrer Bürgerschaft hege.“

(Zu einer Gedächtnisfeier für Kaiserin Augusta) versammelten sich am Montag Mittag die Mitglieder der königlichen Familie an der Ruhstätte der Entschlafenen. Die Rückwand des Mausoleums in Charlottenburg war mit hochstämmigen Blaupflanzen geschmückt, der Marmorboden mit schweren persischen Teppichen belegt. Zwischen dem Altar und den beiden Sarkophagen standen je vier Reihen mit dunkelrothem Blau überzogene Stühle für die königlichen Anwesenden und für die Damen und Herren, die dem Kaiser Wilhelm und der Kaiserin Augusta in ihren letzten Lebensjahren nahe gestanden. Unter den Geladenen befanden sich auch der Reichskanzler v. Caprivi, der italienische Botschafter Graf Launoy, General-Feldmarschall Graf Rolke, die Minister v. Bethl., v. Bütticher, von Maybach und v. Goltz, der russische General von Kurofow. Das Disziplincorps des Gardebregiments Königin Augusta war vollständig vertreten; die Diszipliniere des Kürassier-Regiments Königin Nr. 2 hatten bereits gestern einen Kranz durch den Regimentsadjutanten Grafen Franz niederlegen lassen. Um 12 Uhr erschien der Kaiser, der die Frau Großherzogin von Baden die Stufen emporsührte. Auch Kaiserin Friedrich und Prinzessin Margarethe waren anwesend. Nach einem Gehung des Domchor's wies Konfistorialrath Dryander auf die Bedeutung des Tages hin. Gebet und Segen und Choralgesang schloß die Feier. Nach derselben begaben sich die Anwesenden die Treppe hinunter in die erleuchtete Gruft, um auf den Sark der Kaiserin Königin niederzulegen. Gegen 1 Uhr war die Feier zu Ende.

(Ein bedeutender Ausdruck des Kaisers) findet sich unter einem Bilde, welches der Kaiser am Mittwoch Herrn v. Stephan zu seinem 60-jährigen Geburtstag überhand hat. Nach der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ lautet die eigenhändige Unterschrift des Kaisers unter seiner Photographie wörtlich, wie folgt:

„Die Welt am Ende des 19. Jahrhunderts steht unter dem Zeichen des Fortschritts; er durchbricht die Schranken, welche die Völker trennen, und knüpft zwischen den Nationen neue Beziehungen an.“

Die Hst. Hg. bemerkt hierauf: Wir möchten wünschen, daß die Regierungspolitik unter Kaiser Wilhelm II. im Sinne dieses Gedankens dazu beitragen möge, zwischen den Nationen neue Beziehungen anzuknüpfen und die Schranken zu durchbrechen, welche die Völker trennen. Dazu gehört allerdings die vollständige Rückkehr zu der früheren Zoll- und Handelspolitik, welche bis 1879 maßgebend war. Die bisherige Zoll- und Handelspolitik des Fürsten Bismarck war umkehrbar durch die Schranken, welche die Völker trennen, zu erhöhen und alle Beziehungen zwischen den Nationen wiederum zu lösen.

(Der Bundesrath) hat am Donnerstag dem Entwurf eines Gesetzes, betreffend die kaiserliche Schutztruppe für Deutsch Ostafrika, sowie dem Entwurf eines Vertrages zwischen Deutschland und Dänemark betreffend die Aufhebung des Abkommens und Abschlagsgeldes seine Zustimmung ertheilt.

(Zwischen Preußen und Oldenburg) finden Verhandlungen statt über die Regelung der Abtretung weiterer Theile des Zudegebiets an Preußen. Speziell soll es sich nach der „A. R. G.“ darum handeln, die in der nächsten Umgebung von Wilhelmshaven auf Oldenburgischem Gebiet gelegenen Arbeitercolonien Preußen einzuverleihen. Diese Distrikte sind fast ausschließlich von den nach Taufenden jüdischen, in den Marine-Tablissements in Wilhelmshaven beschäftigten Arbeitern besetzt.

(Dr. v. Stephan) der Reichspostamt, vollendet am Mittwoch sein 60. Lebensjahr. Stephan trat mit 17 Jahren in den Dienst, wurde mit 34 Jahren Geheimer Rath und Mitglied des Generalpostamts, und ist seit 1870 Generalpostdirector bzw. seit 1880 Staatssecretär des Reichspostamts. Seine offizielle Feier hatte sich Herr v. Stephan verdient und nahm derselbe nach die Glückwünsche der Directoren und vortragenden Räte sowie persönlicher Freunde entgegen. Zahlreiche Blumenpenden wurden Herrn v. Stephan überreicht. Der Kaiser hat Herrn v. Stephan sein Bild mit einer bezeichnenden Unterschrift gesandt. (f. o.)

(Der Nachfolger Simons) in dem Präsidium des Reichsgerichts ist, wie jetzt mehrfach gemeldet wird, noch nicht bestimmt. Der Bundesrath sei mit der Präsentationsfrage noch garnicht befaßt gewesen. Befählicht hatte die „Post“ harrnädig den Staatssecretär v. Delsblager als Nachfolger bezeichnet.

(Zum Minister des Innern) in Sachen ist nach dem „B. Z.“ Herr v. Meisch ernannt, bisher Ministerialrath und Bevollmächtigter beim Bundesrath. Herr v. Meisch begleitete den König in den letzten Jahren auf langen Reisen. Seine konservativen Anschauungen sollen in der Form weniger prononciert sein, als es bei seinem Amtsvorgänger der Fall war.

(In Sachen der Landgemeindevorordnung) wird uns aus parlamentarischen Kreisen geschildert: In der Beurtheilung der Sachlage, welche durch die Beschlüsse der Commission für die Landgemeindevorordnung Mitte December v. J. gefaßt worden sind, hat sich zwischen der Presse fast aller Parteien und der Auffassung parlamentarischer Kreise ein Mißverständniß herausgebildet, der in gleicher Richtung kaum noch beobachtet worden ist. Für diejenigen, welche mit der Naturgeschichte der konservativen Parteien und des Centrums näher bekannt sind, konnte von Anfang an, d. h. von dem Augenblick an, wo Minister Herrfurth die bekannte Erklärung abgab, ein Zweifel darüber nicht bestehen, daß nach dieser entschiedenen Stellungnahme der Regierung dem sogenannten Conflict die Spitze abgehoben war, daß also eine Auflösung des Abg. Hauses aus diesem Anlaß nicht in Berechnung gezogen werden kann. Um so weniger konnte von einer Zurückziehung der Vorlage die Rede sein. Eine solche Maßregel würde nur demjenigen Theile der konservativen Partei genehm sein, der nicht den Rath hat, gegen die Regierung zu stimmen, gleichwohl aber einen Rückzug aus der als unhaltbar anerkannten Stellung, welche die Commission eingenommen hat, vermeiden möchte. Von allen anderen Richtungen abgesehen, kann die Regierung einen solchen Weg schon deshalb nicht einschlagen, weil sie dadurch die Parteien, welche von Anfang an bedingungslos für die Vorlage eingetreten sind, die Nationalliberalen, die Freisinnigen und einen Theil der Freiconservativen dem Gespötte der Gegner preisgeben würde. Die Regierung wird an ihrer Vorlage unbedingt festhalten. Und da mindestens die Hälfte der konservativen Partei ein erheblicher Theil des Centrums sich demnach der Führung der Abg. v. Heydebrand, v. Rauchhaupt u. Gen. entziehen und für die Vorlage stimmen wird, so kann das Zustandekommen der Landgemeindevorordnung und damit ein erheblicher erster Schritt zur Herstellung gesünder und entwicklungsfähiger Verhältnisse im Osten in sichere Aussicht genommen werden.

(Der Ausschuss für die Schulreform) trat am Mittwoch im Cultusministerium zu einer ersten, vier Stunden währenden Sitzung zusammen; an derselben theilnehmten sich der Cultusminister, der Ausrüstungssecretär und mehrere Räte. Nächster trat die Mitglieder des Ausschusses zu einer besonderen Sitzung zusammen.

(Die Aufhebung des Passzwanges in Elsaß-Lothringen) scheint in Aussicht genommen zu sein. Die Münchener „Allgemeine Zeitung“ meldet aus Straßburg, daß sicheres Vernehmen nach eine neue Regelung der Fremdenpolizei in den Reichslanden durch Einführung von Aufenthaltserlaubnissen für die dauernd im Lande sich aufhaltenden Fremden nahe bevorstehe. Die bis jetzt verfuhrsweise gehaltenen Einschränkungen des Grenzverkehrs würden beibehalten und nach Thunlichkeit ausgedehnt werden. Die Umgekehrung der Fremdenkontrolle im Lande werde die Möglichkeit bieten, die völlige Abschaffung des Passzwanges an der deutsch-französischen Grenze in Aussicht zu nehmen.

(Abre Abkehr von den landwirthschaftlichen Schutzzöllen) befindet die selbstkonervative „Post“, indem sie in einem Artikel über den deutsch-österreichischen Handelsvertrag die Einführung von Zöllen zum Schutz der Landwirtschaft als ein „plumpes Mittel“ bezeichnet, das auf den volkswirthschaftlichen Organismus wirkt ungefähr wie das Morphinum auf den menschlichen Körper.“

(Zu dem Miquel'schen Plan, fiktive Kasernen für Unterbeamte zu

errichten,) bemerken die „Hamb. Nachr.“ sehr richtig Folgendes: Das Project hat neben seinen Vortheilen natürlich auch Schwächen. Wer die Verhältnisse des Kleinbeamtenthums näher kennt, dürfte die Behauptung beistimmen, daß dort, wo jetzt bereits berartige Wohnungseinrichtungen vorhanden sind, z. B. an größeren, einen in sich abgeschlossenen Complex bildenden Etablissements, die betreffenden Beamten von dem Zusammen- und Nebeneinanderwohnen nur sehr mäßig erbaut sind und, wenn vor die freie Wahl gestellt, eine nach eigenem Ermessen zu wählende Wohnung und Bezug des entsprechenden Wohnungszuschusses ungleich mehr begehren würden, als die ihnen von Verwaltungswegen angewiesene. Der in gelieferten Räumen wohnende Beamte fällt sich selten so unbeachtet und ungenirt, wie sein hinsichtlich der Wohnungsfrage uneingetragter College. Das unmittelbare Nebeneinanderwohnen von Beamten in ausschließlich diesem Zweck bestimmten Baublocken erzeugt immer so etwas wie eine, wenn auch unbestimmte, so doch nicht minder lebhaft empfundene Controle des privaten Lebens. Es ist Erfahrungssache, daß das Zusammenwohnen in den sogenannten Beamtencolonien auch sonst zu unerwünschten Zuständen führen kann; die Beamten und ihre Familienmitglieder sind eben auch Menschen mit menschlichen Schwächen behaftet, die umso leichter zu gegenseitigen Collisionen führen, je mehr ihnen der Spielraum, einander aus dem Wege zu gehen, beschränkt wird.

(Die o. preussischen Junker) sind nicht böse. Ein Pamphlet des Abgeordneten Grafen Kantz gegen den Entwurf einer Landgemeindevorordnung der Staatsregierung ist, wie man der Fr. Ztg. aus Düren schreibt, dem amtlichen Kreisblatt für den Kreis Preussisch-Holland als Beilage beigelegt worden. Redacteur des Kreisblattes ist der Landrath. Was würde der Herr Landrath sagen, wenn a. B. die freisinnige Partei die Vertheilung einer freisinnigen Broschüre gegen eine Mißthorvorlage als Beilage eines Kreisblattes verlangt?

(Reichstagswahl.) Aus Böhmen meldet man das Ergebnis der am Mittwoch dort stattgehabten Reichstagswahl. Es wurde der Nationalliberale Müller-Slesien mit 26869 St. gegen Baitmann (Centrum), welcher 25665 St. erhielt, gewählt. Das Eintritten der Sozialdemokraten für den Centruwcandidaten hat also keinen Nutzen gehabt.

(Colonialpolitische.) Im Hinterlande von Kamerun hat Lieutenant v. Spangenberg, der Begleiter des Dr. Zingraff, von der Darombifikation am Elefantensee aus mit dem räuberischen Stamme der Bangangs und deren Häuptling Dising, die Zingraff früher freiwillig entgegengetreten waren, einen Friedensvertrag abgeschlossen, in welchem sich die Bangangs u. A. verpflichten, 25 Elfenbeinjähne, jeder von der Größe eines Mannesgeschentes, zu zahlen. — Nach Kamerun hat der „Post“ zufolge das Auswärtige Amt unter günstigen Contrahitionsbedingungen zwei lippsche Ziegler auf 6 Monate engagirt, um dort Ziegelfelsen anzulegen und die Eingeborenen im Brennen von Ziegelfeinen zu unterweisen. — Ueber den Gesundheitszustand der Deutschen Schutztruppe für Ostafrika in der Zeit vom 21. September bis 20. October v. J. wird berichtet: Das Verhältnis der Malariaerkrankungen zur Gesamtzahl vor auf den verschiedenen Stationen u. folgendes: Schiffabfegung und Saabani 0,0 pCt., Pangani 0,7 pCt., Sanibar 2,3 pCt., Tanga 3,7 pCt., Expeditionscorps nach Massinde 4,3 pCt., Mifindani 4,4 pCt., Kiwa 4,5 pCt., Bagamoyo 4,9 pCt., Dar es Salaam 6,9 pCt., Lindi 8,8 pCt., Mpwanya 21,1 pCt. Mit Bezug auf Malaria gehalten sich die Procentziffer für die Europäer wie folgt: Schiffabfegung, Kiwa, Lindi, Saabani und Expedition nach Massinde 0,0 pCt., Sanibar 3,7 pCt., Pangani 7,1 pCt., Bagamoyo 20,0 pCt., Dar es Salaam 21,1 pCt., Mifindani 25,5 pCt., Tanga 33,3 pCt., Mpwanya 50,0 pCt.

Parlamentarische Nachrichten.

Abgeordnetenhaus. (Sitzung vom 8. Januar 1891.) Das Präsidium hat Sr. Majestät aus Anlaß der Geburt des jüngsten Prinzen die Glückwünsche des Hauses ausgesprochen. In einem an das Präsidium gerichteten Schreiben drückt der Kaiser hierfür seinen herzlichsten Dank aus. — Der Abg. Freidenkauer (nl) für S. Hülshoff hat sein Mandat niedergelegt. — Das Haus tritt in die Tagesordnung ein: 1. Die Geschäftsordnungscommission beantragt, das Mandat des Abg. Herwig (nl) durch die an denselben erfolgte Verleihung des Titels eines Reichsrathes mit dem Range eines Rates zweiter Klasse als nicht erlöschen zu erklären. — Das Haus stimmt diesem Antrage debattelos zu. — 2. Es folgt die 2. Beratung des Antrages Conrad-Bleich (Gr.), betr. den Entwurf eines Wilschadengesetzes. Der Abg. Aldert (Dr.) beantragt, mit Rücksicht auf die vorliegenden Anträge zu dieser Vorlage, dieselbe aus eine Commission zu verweisen. — Der Abg. Franke-Zendern (nl) widerspricht dem. Die vorliegenden anstehenden Anträge sind sachlich sehr einfach, in früheren Jahren mehrfach in der Commission berathen und können jetzt im Voraus erledigt werden. — Abg. Gebr. v. Heeremann (Gr.) hält die Commissionberatung gerade geeignet, die Be-

rathungen abzuklären. — Abg. Aldert (Dr.) ist der Meinung, solche complicirte Sache läßt sich nicht im Plenar so leicht erledigen. Die Commission hat die Sache in wenigstensigen. — Abg. Conrad-Bleich (Gr.) hält sich für die Commissionberatung an, bittet aber die Reichscommissionenberatung sich zu betheiligen. — Haupt (kon.) betont, daß auch seine Partei die Stimmen des Hauses wünsche, für den für die Kommissionenberatung erachte. — Es wurde Vorlage mit allen Anträgen an eine Commission mitgetheilt. Die Commission der Vorlage soll so zeitig erfolgen, daß dieselbe bei der nächsten Sitzung hätte sein können. Nächste Sitzung Montag. Bericht über die Annovation der Staatlichen Entgeltnahme von Vorlagen der Königl. Staats (Stat). — Schluß 12 1/2 Uhr.

Finanzminister Dr. Miquel wird Montag den Etat im Abgeordnetenhaus. — Die freisinnige Partei des Abg. Hauses hat am Donnerstag beschlossen, fährigen Antrag des Abg. Brauns, betreffend die Eisenbahntarif wieder einzuführen. — Nachdem der Abg. Dr. Zelle in der vorg. Sitzung erklärt hat, daß er wegen der Zugehörigkeit zu der Commission für das Abg. Haus aus der Commission für die Landgemeindevorordnung ausscheiden müsse, hat die freisinnige Partei Aldert in die letztgenannte Commission beauftragt. — Die deutschfreisinnige Partei Abgeordnetenhaus den Antrag einbrachte, die Abg. Häuser aufzufordern, dem Hause eingehende Vorlagen über die Verhältnisse der die angestellten Beamten der Eisenbahnwaltung, insbesondere über die Dienstverhältnisse und über die Einkommensverhältnisse, Anstellungsverhältnisse u. s. w. zu machen.

Der neue Eisenbahnetat wird Erweiterung der Betriebsmittel, Locomotivlocomotiv, Erzeugung von Doppelschienen, Einführung anderer Schienenprofile u. s. w. ziemlich hohen Posten enthalten. Die von Staatsbahnen beschäftigten ca. 250 Locomotivführern.

Provinz und Umgegend.

Die diesjährige Missionenkonferenz der Provinz Sachsen wird am 2. und 3. in Halle a. S. im „Prinz Carl“ abgehalten. Montag den 2. Februar abends 6 Uhr findet die Gottesdienst in der Marktkirche (die Predigt des Generalsuperintendenten D. Rogge, Altmühlberg), 8 Uhr Nachversammlung im „Prinz Carl“ in welcher zunächst Mittheilungen des Gemeindeführers, dann ein Vortrag über das Verhältniß der Missionenvereine von den Herren W. Bedeppohl, Orosi Rottmarleben und D. D. Jersleben gehalten werden wird. — Die Versammlung findet am Tage darauf vormittags 10 Uhr im „Prinz Carl“ statt und wird die biblische Ansprache des Herrn Generalsuperintendenten W. Bedeppohl, Dessau eingeleitet werden. Bericht des Vorstandes erfolgt durch den stellvertretenden Vorsteher, Ueber das Hauptanliegen der Missionen und ihre Thätigkeit in der Gegenwart“ referirt Herr Pastor D. W. Rothenschild. — In der folgenden Versammlung werden noch sprechen die Herren Director Buchner, Herrnhut, Missionar S. Mann-Nias und Pastor Hoffmann-Rothdorf. — Außerdem findet noch eine Separatversammlung der Agenten statt.

Aus Saalfeld erzählt das dortige „Anfangs“ folgenden dunkeln Vorgang: Bei der letzten Ausschussung am vergangenen Montag rief Reichsausschussmitglied des weiten Weges weagtags zuvor in Saalfeld ein. Nachdem sich der Nachts zur Ruhe begeben hatte, und denselben schlummer lag, traten bei unverschämter Stunde zwischen 5 und 6 Uhr morgens zwei Männer in Zivil, der andere in einem Militäruniform, vor dessen Bett mit den Worten: „geh dein letztes, sterben mußt du.“ Heraus aus dem Sattel heraus und sagte nochmals: mein völliger Feind, sterben mußt du, ich sterbe.“ Das betr. Ausschussmitglied sagte zu seinen Hand die Beträge als Schutz und mit der rechten den Stock, welcher an der linken Hand und gab zur Antwort: „Stech zu, wenn ich aber nicht gleich todtlich, so schlage den Sattel entzwei“, worauf der Civilist erwiderte: „Komme, das ist nicht der Rechte, den wir s. und beide, die sich jedenfalls im angetrunkenen Stande befanden, entfernten sich wieder.

Der Regierungspräsident zu Erfurt hat Landrath des Bezirkes neuerdings anempfohlen, zu halten, daß alle leistungsfähigen Gemeindeführer dieser nicht bereits geschieden ist, für die Schulhäuser Klagen schenken und beschaffen es den Gemeindeführern überlassen bleiben soll, die darüber die preussischen Behörden zu machen. Der Regierungspräsident hofft, es werde dieser Hinweis die Sache in das erwünschte Geleise zu bringen.

Merseburger Correspondent.

Wochentag:
Montag, Mittwoch, Donnerstag
Samstags früh 7 1/2 Uhr.
Sonntags: Dolgstraße Nr. 5.

Wöchentliche Beilage:
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementpreis:
pro Quartal: 1 Mark bei Abholung. — 1 Mark
30 Pfg. durch den Fernträger. — 1 Mark
35 Pfg. durch die Post.

7. **Sonntag den 10. Januar.** 1891.

Politische Uebersicht.

Ausföhrung der baltischen Pro-
vokation des Blattes „Ryski Wiestnik“: Baron
Graf Redem, die reichsten Mag-
dairlands siedeln nach Preußen über.
Herzog Nikolaus von Leuchtenberg
Königstag in Paris am Kehlspforten im Alter
Männern geboren. — Eine nihilistische
Ornung soll nach einer Meldung aus
sich entzweit worden sein. Der Procureur
Geldler, dessen Verhaftung bevorstand, er-

schweizerischen Kanton Tessin gibt
wieder. Es sind bezüglich der Stimmbere-
chtig für die Verfassungsabwahlen, von
nächsten Sonntag stattfinden sollen, von
der nächsten Seite Schwierigkeiten ent-
stehen. Der Bundesrath hat in Folge dessen
die Regierung von Tessin aufzufordern,
das Recht und Gesetz vorzugeben, indem er
sich zu entscheiden und eventuell Wahlen

zwischen England und
einigen Staaten um das Recht des
anges in dem Behrings-See ist schon
Die Amerikaner erklären das Meer für
volles Gewässer, wo sie das alleinige Be-
recht haben, während die Engländer und
Nationen das Behringsmeer als ein offenes
sehen, wo alle Nationen frei Fischfang be-
sitzen. Da die Alaska Commercial Com-
pany Inseln besitzt, wo die Biberobren ihre
Fische haben, so wäre das Verbot des Fisches
gleichbedeutend mit dem gänzlichen Aus-

der fremden mit dem Robbenfang be-
schäftigten. Damit wäre die internationalen
Bestimmungen nicht zu vereinbaren. Von
kanadischer Seite wird die Sache so darge-
stellt, die kanadischen Robbenfänger nicht besser
als Seeräuber, welche die Robben ohne
des Alters und Geschlechts ausbleiben
nicht erschlagen und dann mit ihrem Raub
suchen; da keine andere Macht vorhanden
die Politzugewalt auf dem Gewässer aus-
wüßten dies die Vereinigten Staaten thun
Robben, welche für alle Völker von
sien, vor der Ausrottung zu schützen.
es wohl möglich, das die kanadischen
den Robben arg zusetzen, so lange aber nicht
Behrings-See allgemein als ein Territorial-

anerkannt oder die Vereinigten Staaten von
den Mächten mit der Ausübung der Polizei-
betraut worden sind, so lange ist die Be-
weiser Schiffe durch die Amerikaner
rechtigkeit anzusehen. Die englische Regie-
rungsseite wünschte die Streitfrage wegen der Fischerei
Rüste von Neufundland zusammen mit der
wegen des Robbenfanges in dem Behrings-
lösen, und es ist daher ein Zugeständnis
Seite, wenn Lord Salisbury nun vor-
die letztere Angelegenheit allein einem Schieds-
unterbreiten. — Eine Depesche des „New-

York Herald“ aus Washington demontirt das Ge-
was ein größeres amerikanisches Geschwader
Rühe des Behrings-See zusammengekommen
sollte, und fügte hinzu, das die Behrings-
frage augenblicklich günstiger liege,
gehend einer Zeit seit vorgezogenem Mal.
Belgier hat das Centralbureau des Ver-
der konservativen Vereine ein Rundschreiben
in welchem dieselben aufgefordert werden,
die Opportunität einer Revision der
sungen zu äußern. Im Falle sich die Re-
vision äußerten, verlangt das Rundschreiben
gabe, mit welchen praktischen Mitteln diese
zu erreichen sei und durch welche Mitteln
die anzuhaltenden Verfassungsartikel zu er-

setzen sein würden. — Der allgemeine Ausschuss der
„Ligue liberale“ (gemäßigte Liberale) sprach sich in
einer am Mittwoch abgehaltenen Versammlung im
Prinzip für die Revision der Verfassung aus,
erklärte jedoch die bedingungslose Annahme des allge-
meinen Stimmrechts als unheilvoll für die liberale
Partei.

In Chili soll nach in Paris vorliegenden Nach-
richten aus Buenos Ayres eine aufständische
Bewegung ausgebrochen sein. Nähere Details
sind noch nicht gemeldet.

An den Wahlen in den Vereinigten
Staaten von Nordamerika werden sich dem-
nächst auch die Arbeiter als besonders organisierte
Partei beteiligen. Der Großmeister der „Ritter der
Arbeit“ Bowditch laßt nämlich in einem Circular
die industriellen Genossenschaften des ganzen Landes
ein, sich an einer Konferenz für Reform der nationalen
Industrie zu beteiligen, welche im Frühjahr in
Washington zusammentreten soll, um ein Programm
aufzustellen, auf welches sich die Arbeiter bei den
nächsten Wahlen stützen könnten. — Ueber den
Indianeraufstand telegraphirt General Miles
aus Bineridge, die fünf bedeutendsten Bänder
der aufständischen Indianer seien nach Bineridge
gekommen, um sich zu unterwerfen. Miles
hofft, daß bald alle Indianer diesem Beispiele folgen
würden. — Nach Privatmeldungen aus Newyork
sind zwischen einem Trupp britischer Indianer und
der Schutzbegleitung einer Proviandcolonne unweit
des Wounded Knee-Baches ein blutiger Kampf
statt mit Verlusten auf beiden Seiten. Die Indianer
sloßen, als die Truppen Verhärkung erhielten.

Deutschland.

Berlin, 9. Januar. Der Kaiser hörte gestern
Vormittag den Vortrag des Staatssekretärs Herrn
v. Marschall in dessen Wohnung in Anwesenheit
Amt und hatte hierauf noch eine längere Unterredung
mit dem Reichskanzler v. Caprivi im Reichskanzler-
pola. Darauf empfing Sr. Maj. im königlichen
höhere



Um die Uniformität der Farben zu gewährleisten, hat die
Kaiserliche Hofphotographie eine neue Farb-
tafel herzustellen lassen, die den Anforderungen
entsprechend ist. Diese Tafel wird in allen
Abteilungen der Hofphotographie verwendet.
Die Tafel enthält 24 verschiedene Farbtöne, die
für die Farbkorrektur von Bildern verwendet
werden können. Die Tafel ist in einem Rahmen
eingebettet und hat eine Größe von 10 x 10
Zentimetern. Die Farbtöne sind in einer
regelmäßigen Anordnung angeordnet und
sind mit den entsprechenden Farbnamen
beschriftet. Die Tafel ist ein wertvolles
Instrument für die Farbkorrektur von Bildern
und wird in allen Abteilungen der Hof-
photographie verwendet.

Worte erfreut, mit welchem er der Geburt meines
jüngsten Enkelsohnes gedenkt. Gern benutze ich diesen
Anlaß, um mit meinem Danke der Hoffnung Aus-
druck zu geben, daß das eben beginnende Jahr die
Wünsche erfüllen möge, welche ich in herzlicher Theil-
nahme für die Wohlfahrt der Hauptstadt und ihrer
Bürgerchaft begehre.

— Zu einer Gedächtnisfeier für Kaiserin
Augusta versammelten sich am Montag Mittag
die Mitglieder der königlichen Familie an der Kübe-
stätte der Entschlafenen. Die Rückwand des Maus-
soleums in Charlottenburg war mit hochstämmigen
Blattpflanzen geschmückt, der Marosorbolen mit
schweren persischen Teppichen belegt. Zwischen dem
Altar und den beiden Sarkophagen standen je vier
Reihen mit dunkelrothem Nisch überzogene Stühle
für die königlichen Anwesenden und für die Damen
und Herren, die dem Kaiser Wilhelm und der
Kaiserin Augusta in ihren letzten Lebensjahren nahe
gestanden. Unter den Geladenen befanden sich auch
der Reichskanzler v. Caprivi, der italienische Bot-
schafter Graf Kauno, General-Feldmarschall Graf
Roltke, die Minister v. Wedell, v. Bütticher, von
Maybach und v. Goltz, der russische General von
Kutusow. Das Disjunctivcorps des Gardebregiments
Königin Augusta war vollständig vertreten; die Ofi-
ziere des Kürassier-Regiments Königin Nr. 2 hatten
bereits gestern einen Kranz durch den Regiments-
adjutanten Grafen Scharf niederlegen lassen. Um
12 Uhr erschien der Kaiser, der die Frau Groß-
herzogin von Baden die Stufen emporführte. Auch
Kaiserin Friedrich und Prinzessin Margarethe waren
anwesend. Nach einem Gesang des Domchors wies
Konfistorialrath Dryander auf die Bedeutung des
Tages hin. Gebet und Segen und Choralgesang
schloß die Feier. Nach derselben begaben sich die
Anwesenden die Treppe hinunter in die erleuchtete
Grust, um auf den Sark der Kaiserin Kränze nieder-
zulegen. Gegen 1 Uhr war die Feier zu Ende.

— Ein bedeutender Ausdruck des
Kaisers findet sich unter einem Bilde, welches der
Kaiser am Mittwoch Herrn v. Stephan zu seinem
60 jährigen Geburtstag überhand hat. Nach der
„Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ lautet die
eigenhändige Unterschrift des Kaisers unter seiner
Photographie wörtlich, wie folgt:

„Die Welt am Ende des 19. Jahrhunderts
steht unter dem Zeichen des Fortschritts; er durch-
bricht die Schranken, welche die Völker trennen,
und knüpft zwischen den Nationen neue Be-
ziehungen an.“

Die Hof-Bez. bemerkt hierauf: Wir möchten
wünschen, daß die Regierungspolitik unter Kaiser
Wilhelm II. im Sinne dieses Gedankenspruchs dazu
beitragen möge, zwischen den Nationen neue Be-
ziehungen anzuknüpfen und die Schranken zu
durchbrechen, welche die Völker trennen. Dazu ge-
hört allerdings die vollständige Rückkehr zu der
früheren Zoll- und Handelspolitik, welche die 1879
maßgebend war. Die heutzutage Zoll- und Handels-
politik des Fürsten Bismarck war umgekehrt be-
richtet, die Schranken, welche die Völker trennen, zu erhöhen
und alle Beziehungen zwischen den Nationen wiederum
zu lösen.

— (Der Bundesrath) hat am Donnerstag
dem Entwurf eines Gesetzes, betreffend die kaiserliche
Schutztruppe für Deutsch-Danien, sowie dem
Entwurf eines Vertrages zwischen Deutschland und
Dänemark betreffend die Aufhebung des Abschusses
und Abfahrtsgebühre eine Zustimmung ertheilt.

— (Zwischen Preußen und Oldenburg)
haben Verhandlungen statt über die Regelung der
Abtretung weiterer Teile des Zabergebiets an Preußen.
Speziell soll es sich nach der „A. R. G.“ darum
handeln, die in der nächsten Umgebung von Wilhelmshaven
auf oldenburgischem Gebiet gelegenen Arbeiter-
colonien Preußen einzuverleiben. Diese Dörfer sind
fast ausschließlich von den nach Tausenden
zählenden, in der Marine-Tablissements in Wilhelmshaven
beschäftigten Arbeitern besiedelt.

gek. Wilhelm R.
— (Die Kaiserin Friedrich) hat an den
Magistrat von Berlin folgendes Danischreiben
erichtet: „Der Magistrat hat mich durch altgewohnten
Neujahrsgruß und nicht minder durch theilnehmende